



Spiegel Online

Offener Brief zur Nahost-Politik

"Dauerhafter Frieden ist ohne Hamas unmöglich"

Ehemalige Regierungschefs, Ex-Außenminister, Friedensvermittler a.D. - 24 Spitzenpolitiker, vornehmlich aus Europa, fordern die EU auf, ihre Nahost-Politik zu überdenken: Die Anerkennung Israels durch die Hamas müsse Ziel, nicht Voraussetzung eines Friedensprozesses sein. SPIEGEL ONLINE dokumentiert ihren offenen Brief.

Palästinensische Einheit ist Voraussetzung für Frieden mit Israel

Die Verhandlungen zwischen den beiden wichtigsten palästinensischen Gruppierungen Fatah und Hamas werden aller Voraussicht nach zur Bildung einer neuen palästinensischen Einheitsregierung führen. Die neue Übergangsregierung, die sich aus unabhängigen Politikern zusammensetzt, wird beauftragt werden, den Weg für die Abhaltung von Parlaments- und Präsidentschaftswahlen im Mai 2012 zu ebnen.

Die palästinensische Aussöhnung ist Teil des großen Wandels im Nahen Osten. Die Aussöhnung wurde von Ägypten nach ihrer eigenen Revolution vermittelt und zeigt, dass es ein starkes öffentliches Bedürfnis gibt, die Spaltung der letzten vier Jahre zu überwinden. Die Einheit der Palästinenser ist ein Ergebnis des arabischen Frühlings.

Wir, als ehemalige Ministerpräsidenten, Außenminister und Friedensvermittler haben aus erster Hand gelernt, dass die Sicherung dauerhaften Friedens nur unter Einbeziehung aller Konfliktparteien möglich ist. Wir halten es für äußerst wichtig, dass die internationale Gemeinschaft die palästinensische Einheit unterstützt und alle Schritte vermeidet, die den fragilen Versöhnungsprozess gefährden könnten. Wir fordern insbesondere die Vereinigten Staaten und die Europäische Union auf, mit der Übergangsregierung sowie mit der zukünftigen, im kommenden Jahr zu wählenden, palästinensischen Regierung einen konstruktiven Dialog zu führen. Aus folgenden Gründen ist dies von zwingender Notwendigkeit:

- Es ist zum einen evident, dass die Überwindung der politischen und institutionellen Spaltung zwischen Westjordanland und Gaza Voraussetzung für die Bildung eines geeinigten und lebensfähigen palästinensischen Staats ist.
- Zum anderen kann ein dauerhaftes Friedensabkommen mit Israel nur dann erreicht werden, wenn die palästinensische Führung den Frieden mit Israel im Namen *aller* Palästinenser und mit Zustimmung der wichtigsten politischen Kräfte aushandelt. Die palästinensische Aussöhnung steht der Verwirklichung einer Zwei-Staaten-Lösung also nicht im Wege, sondern ist - ganz im Gegenteil - deren Grundvoraussetzung. Es ist falsch, die Fatah vor die Wahl zu stellen, entweder mit der Hamas oder Israel



Frieden zu schließen: Ein dauerhafter Frieden mit Israel ist ohne Unterstützung durch die Hamas nicht möglich.

"Boykott war schwerer Rückschlag für den Friedensprozess"

Die palästinensische Wiedervereinigung birgt die Chance, einen Waffenstillstand auszuhandeln, erneute Angriffe gegen israelische Zivilisten aus dem Gaza-Streifen zu verhindern und somit die Sicherheit Israels zu fördern. Auch der Austausch palästinensischer Gefangener für den entführten israelischen Soldaten Gilad Schalit scheint vor dem Hintergrund des Versöhnungsabkommens möglich.

Das Einheitsabkommen bietet Möglichkeiten, die genutzt werden müssen, ohne Fehler aus der Vergangenheit zu wiederholen. Nach dem Wahlsieg der Hamas im Jahr 2006 verhängten die Vereinigten Staaten und die Europäische Union einen finanziellen und politischen Boykott gegen die palästinensische Regierung. Im Nachhinein erwies sich dieser Schritt als schwerer Rückschlag für den Friedensprozess, denn er verschärfte die innerpalästinensische Spaltung und führte zu einer Verfestigung der Blockade Gazas.

"Chance einer Kurskorrektur"

Das neue Einheitsabkommen und die Entwicklungen in der gesamten Region bieten die Chance einer Kurskorrektur US-amerikanischer und europäischer Nahost-Politik. Die sogenannten "Quartett-Kriterien", einschließlich der Anerkennung des Existenzrechts Israels, sollten Ziele und nicht Voraussetzungen für einen Dialog mit der palästinensischen Führung und palästinensischen Gruppierungen sein. Die Einhaltung eines Waffenstillstands und der Verzicht auf Gewalt sind eine realistische Grundlage für die Aufnahme von Verhandlungen.

Die Unterstützung einer palästinensischen Einheitsregierung zu diesem wichtigen Zeitpunkt wäre für die USA und die EU eine gute Gelegenheit, ihr Engagement für eine Zwei-Staaten-Lösung, sowie für die Demokratiebestrebungen im gesamten Nahen und Mittleren Osten unter Beweis zu stellen.

Eine Alternative ist schwer vorstellbar. Wenn die palästinensische Aussöhnung untergraben wird, wird der israelisch-palästinensische Konflikt noch auswegloser werden, mit dramatischen Folgen für alle Beteiligten und für die gesamte internationale Gemeinschaft.

LISTE DER UNTERZEICHNENDEN

Dries van Agt: ehemaliger Ministerpräsident, Niederlande

Lord John Alderdice: ehemaliger Sprecher des Nordirischen Parlaments

Massimo d'Alema: ehemaliger Ministerpräsident, Italien

Frans Andriessen: ehemaliger Finanzminister, Niederlande; ehemaliger Vizepräsident der Europäischen Kommission



Halldór Ásgrímsson: ehemaliger Ministerpräsident, Island; Generalsekretär des Nordeuropäischen Ministerrats

Hanan Ashrawi: Sprecherin der palästinensischen Delegation bei den Nahost Friedensverhandlungen

Shlomo Ben-Ami: ehemaliger Außenminister, Israel

Betty Bigombe: Ugandische Politikerin, ehemalige Vorsitzende der Verhandlungen zwischen der LRA und der ugandischen Regierung

Laurens Jan Brinkhorst: ehemaliger Vizeministerpräsident der Niederlande

Hans van den Broek: ehemaliger Außenminister der Niederlande; ehemaliger EU Kommissar für Auswärtige Beziehungen

Uffe Ellemann-Jensen: ehemaliger Außenminister, Dänemark

Gareth Evans: ehemaliger Außenminister, Australien

Sir Jeremy Greenstock: ehemaliger britischer Botschafter für die Vereinten Nationen

Lena Hjelm-Wallén: ehemalige Außenministerin und Vizeministerpräsidentin, Schweden

Ioannis Kasoulides: ehemaliger Außenminister, Zypern

Mogens Lykketoft: ehemaliger Außenminister, Dänemark

Ram Manikkalingham: Ehemaliger Berater für den Präsidenten Sri Lankas für den Friedensprozess mit den Tamil Tigern

Louis Michel: ehemaliger Außenminister, Belgien; ehemaliger EU Kommissar für Entwicklung und Humanitäre Hilfe

Poul Nyrup Rasmussen: ehemaliger Ministerpräsident, Dänemark

Elisabeth Rehn: ehemalige Verteidigungsministerin, Finnland; ehemalige Uno-Untergeneralsekretärin

Alvaro de Soto: ehemaliger Uno-Sondergesandter für den Nahost-Friedensprozess

Thorvald Stoltenberg: ehemaliger Verteidigungsminister und Außenminister, Norwegen; ehemaliger Hoher Flüchtlingskommissar der Vereinten Nationen

Erkki Tuomioja: ehemaliger Außenminister, Finnland

Hubert Védrine: ehemaliger Außenminister, Frankreich



Deutschlandradio Kultur

"Wenn es keinen Frieden gibt im Nahen Osten, ist es schlecht für die Welt und schlecht für Europa"

Ehemaliger israelischer Parlamentssprecher über den Friedensprozess mit den Palästinensern

Der ehemalige israelische Parlamentssprecher Avraham Burg fordert von Israel und vom Westen eine offenere Verhandlungsbereitschaft für Gespräche um einen künftigen Palästinenserstaat.

Es liege nicht in der Verantwortung des Westens zu definieren, wer die Palästinenser repräsentiere, erklärte Burg. Die Extremisten von heute seien im Nahen Osten auch meist die moderaten Kräfte von morgen. Allein die Palästinenser selbst könnten erklären, wer für sie verhandeln dürfe. Burg hatte in einem offenen Brief dazu aufgerufen, bei der kommenden UN-Versammlung im September für die uneingeschränkte Anerkennung Palästinas als unabhängiger Staat und UN-Mitglied zu stimmen.

Bei der Abwägung der Möglichkeiten für einen künftigen Palästinenserstaat müsse die Frage nach dem derzeit Notwendigen ganz oben stehen, betonte Burg. "Was wir zur Zeit brauchen, ist Frieden. Und die Leute dort müssen motiviert werden." Dies könne nur geschehen, wenn die Verantwortung für eine Lösung auch den Leuten und den Gruppen vor Ort übertragen werde.

Burg betonte die wichtige Rolle Europas als möglicher Vermittler im Streit zwischen Israel und den Palästinensern. Schließlich würden vor allem auch in Europa in der Folge der anhaltenden Konflikte im Nahen Osten Probleme entstehen, etwa durch den anhaltenden Strom von Migranten aus der Region.

Die USA und Israel würden sich - wie kürzlich während des Staatsbesuchs des israelischen Ministerpräsidenten Benjamin Netanjahu in Washington, D. C. - gegenseitig eher bewundern, als nach einer Lösung zu suchen. "Wenn es keinen Frieden gibt im Nahen Osten, ist es schlecht für die Welt und schlecht für Europa."



Die Nachrichten (Schweiz)

Palästinenser beklagen Druck der USA

Ramallah/Tel Aviv - Die Palästinenserführung hat erstmals öffentlich massiven Druck der US-Regierung im Nahost-Friedensprozess eingeräumt. Der Bitte der Palästinenser als Mitgliedstaat der UN-Generalversammlung aufgenommen zu werden, sei eine Abfuhr erteilt worden.

Dies sagte der palästinensische Chefunterhändler Saeb Erekat. Erekat äusserte sich gegenüber der palästinensischen Tageszeitung «Al-Ajam» nach politischen Gesprächen in Washington. Die USA betrachteten Friedensverhandlungen als einzige Option. Die Palästinenser wollten bislang im September die UN-Generalversammlung bitten, einen Palästinenserstaat in den Grenzen von 1967 anzuerkennen. Palästinenserpräsident Mahmud Abbas hatte dies damit begründet, dass zwei Jahrzehnte lange Verhandlungen mit Israel zu keinem eigenen Staat geführt hätten.

Israel einziges Hindernis

US-Präsident Barack Obama und Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) hatten während einer Pressekonferenz in Washington bereits deutlich zu verstehen gegeben, dass einseitige Schritte wie eine Abstimmung in der UN-Generalversammlung für das Ziel einer Zwei-Staaten-Lösung nicht hilfreich seien und deshalb vermieden werden sollten. Hanan Aschrawi, Mitglied des einflussreichen Exekutivkomitees der Palästinensischen Befreiungsorganisation PLO, bezeichnete Obamas und Merkels Haltung als kontraproduktiv. «In den vergangenen beiden Jahren haben wir unseren Staat von Grund auf aufgebaut. Wir erfüllen alle Anforderungen für eine Staatsgründung», schrieb die palästinensische Politikerin am Mittwoch in einem offenen Brief. Das einzige Hindernis bleibe Israel, das sich weigere, seine Besatzung zu beenden, schreibt Aschrawi. Sie erwarte, dass Obama und Merkel die Einbeziehung der Vereinten Nationen als positiven Schritt für einen sicheren und stabilen Frieden in der Region werteten.